

BKW-Chefin Suzanne Thoma hat letztes Jahr 1,93 Millionen Franken erhalten. Bald geht es Richtung 2,5 Millionen. Foto: Adrian Moser

Grosser Rat bekräftigt Kritik

Das Kantonsparlament erwartet von der Regierung, dass sie entschiedener gegen Lohnexzesse bei staatsnahen Betrieben vorgeht. Das wurde gestern in der Debatte über die Vergütungen in Unternehmen mit kantonalen Beteiligungen deutlich. Der Regierungsrat hatte dazu einen Bericht vorgelegt, ausgelöst vom 2-Millionen-Salär für BKW-Chefin Suzanne Thoma im Jahr 2018.

Ein solcher Lohn werde in weiten Teilen der Bevölkerung als exzessiv empfunden, sagte etwa

Tom Gerber namens der EVP-Fraktion. Die BKW-Chefin verdiene siebenmal mehr als ein Regierungsrat, fügte Hasim Sancar für die Grünen an. Peter Siegenthaler warf als SP-Sprecher die Frage auf, ob jemand mit einem 2-Millionen-Gehalt wirklich viermal mehr Verantwortung übernehme als ein Firmenchef, der eine halbe Million verdiene. Eine Neid-Debatte sei fehl am Platz, doch müsse es Grenzen geben.

Dass der Regierungsrat die staatsnahen Betriebe zur Zurückhaltung bei den Chefgehältern auffordere, reiche nicht aus, betonten Sprecherinnen und

Sprecher aller Fraktionen. «Unsere Verantwortung ist es, bewusst hinzuschauen», sagte Katharina Baumann-Berger (EDU).

So stellte das Parlament mit 137 zu 9 Stimmen die Forderung auf, dass sich die Vergütungen für die Topkader am Durchschnitt in der jeweiligen Branche orientieren sollen. Der Regierungsrat soll zudem prüfen, ob eine Deckelung auch für den Kanton Bern sinnvoll wäre. Denn auf Bundesebene steht eine Limite von 1 Million Franken bei Bundesbetrieben zur Debatte. (sda)